

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
liebe Bürgerinnen und Bürger,

das Jahr 2023 liegt hinter uns und wir blicken zurück auf ein ereignisreiches und aufregendes Jahr mit zahlreichen positiven und negativen Schlagzeilen. Im Vergleich zu den Vorjahren nahm die Corona Pandemie eine eher untergeordnete Rolle ein. Auch wenn in den Herbstmonaten 2023 die Infektionszahlen mit dem Corona-Virus erneut anstiegen, so ging jedoch das Risiko eines intensiven Krankheitsverlaufs deutlich zurück.

Der Krieg in der Ukraine sorgt die Welt hingegen auch im Jahr 2023 und ein Ende des russischen Angriffskrieges scheint nicht in Sicht. Die deutsche Bundesregierung sicherte der Ukraine weiterhin ihre völlige Solidarität zu und unterstützt die Ukraine finanziell und seit dem Frühjahr 2023 auch mit der Lieferung von schweren Waffen.

Im Herbst 2023 wurde zudem ein weiterer Krisenherd neu entfacht. Die Terrororganisation Hamas überfiel am 7. Oktober zahlreiche jüdische Siedlungen in der Nähe des Gaza-Streifens, ermordete über 1.200 Zivilisten auf brutalste Art und entführte weitere Personen nach Gaza.

Israel antwortete mit einem Gegenangriff auf den Gaza-Streifen, um die Hamas zu schwächen und die Geiseln zu befreien, zum Leidwesen der palästinensischen Zivilbevölkerung. Eine Lösung des Nahost-Konflikts rückt nach diesen Vorkommnissen in weite Ferne.

In Deutschland bestimmte vor allem die Energiewende Politik und Gesellschaft. Im April 2023 gingen die letzten deutschen Atomkraft-Meiler vom Netz. Die Meinungen darüber waren in Zeiten hoher Energiekosten durchaus gespalten.

Wirtschafts- und Klimaminister Habeck wollte noch vor der Sommerpause des Bundestags das sogenannte Heizungsgesetz verabschieden. Das

Bundesverfassungsgericht untersagte jedoch die übereilte Debatte im Plenum, so dass das Gesetz erst im September verabschiedet wurde.

Die Ampel-Koalition aus SPD, den Grünen und der FDP zeigte sich in vielen politischen Fragen oft uneins. Die Zustimmungswerte zur Regierungsarbeit sanken. Davon kann laut Umfragen vor allem die AfD profitieren. Seit Sommer 2023 befindet sich die AfD in einem Umfragehoch und wäre bei potenziellen Bundestagswahlen zweitstärkste politische Kraft hinter der Union.

Als eine der größten Überraschungen des Jahres gilt sicherlich der Erfolg der deutschen Basketball-Herren bei der Weltmeisterschaft in Japan und auf den Philippinen. Das Team um Dennis Schröder gewann das Finale gegen Serbien und führte den DBB zum ersten Weltmeistertitel seiner Geschichte.

Nicht gut lief es bei der Fußball-WM in Katar, bei der unsere DFB - Auswahl frühzeitig ausscheiden musste. Auch die Fußball-Frauen sorgten bei der Weltmeisterschaft in Australien und Neuseeland für eine negative Überraschung, in dem sie bereits nach der Vorrunde das Turnier verlassen mussten.

Das eigentliche Sportfest der Herzen waren jedoch die Special Olympic World Games in Berlin im Juni 2023 mit 6.500 geistig und mehrfach behinderten Athletinnen und Athleten aus 176 Ländern, das von unglaublichen Glücksszenen der Teilnehmenden geprägt war.

Auch wir in Salem hatten mit unserem Kreisfamilienfest ein „sportliches Highlight“, bei dem wir unsere Familien, Großeltern, Eltern und Kinder in den Mittelpunkt dieser Veranstaltung stellten.

Unter dem Motto „Vereinssport tut gut“ gab es zahlreiche Aktivitäts- und Mitmachaktionen, die von den Kindern und Eltern sehr gerne angenommen worden sind. Auf jeden Fall war für jede Altersklasse etwas dabei.

Die Rahmenbedingungen hätten zudem nicht besser sein können. Traumhaftes Wetter, strahlende, glückliche Kinder und viele zufriedene Besucher. Rund 10.000

Gäste konnten wir am Tag der Deutschen Einheit zum Kreisfamilienfest und zum 50-jährigen Bestehen des Bodenseekreises in Salem begrüßen.

Über 500 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer waren notwendig, um die Vereins- und Spielangebote sowie die Bewirtung zu stemmen. Es hat alles hervorragend geklappt.

Herzlichen Dank an alle aktiven und stillen Helfer, dem Organisationsteam des Landratsamtes, des Sportkreises Bodensee und unserer Gemeindeverwaltung für die Vorbereitung und Umsetzung dieses Events, sowie der Schlossverwaltung Salem unter der Leitung von Frau Dr. Birgit Rückert, ohne deren Unterstützung diese Großveranstaltung überhaupt nicht möglich gewesen wäre.

Und liebe Bürgerinnen und Bürger, unsere Familien und Kinder stehen nicht nur beim Kreisfamilienfest im Mittelpunkt unserer Gemeinde, sondern fordern uns auch im kommunalpolitischen Alltag mit der Realisierung und Bereitstellung von Kindertagesplätzen, für die es einen Rechtsanspruch ab dem ersten Lebensjahr gibt.

Laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung fehlen zwischen Mannheim und dem Bodensee fast 60.000 Kita-Plätze. Besonders groß ist die Lücke im U3-Bereich. Die Quote der Kinder unter drei Jahren, die in einer Kita betreut werden, liegt bei fast 30 Prozent. 45 Prozent der Eltern aber wünschen sich eine Betreuungsmöglichkeit für ihr Kind in dieser Altersgruppe.

Hinzu kommt der Fachkräftemangel. Um die Nachfrage nach Kita-Plätzen erfüllen zu können, bräuchte es nach aktuellen Berechnungen bis ins Jahr 2025 zusätzlich 14.800 Fachkräfte für Baden-Württemberg. Wo diese herkommen sollen, ist unklar.

Eine Lösung wäre aus Sicht der Bertelsmann-Stiftung eine Kürzung der Öffnungszeiten. Würden diese auf 6 Stunden pro Tag verkürzt, könnte Baden-Württemberg bis 2025 die Platzbedarfe aller Eltern erfüllen.

Zugleich könnten auch die guten Personalschlüssel gehalten werden. Bei diesen stehen wir sehr gut da. In keinem anderen Bundesland ist das Verhältnis von Fachkraft zu Kindern besser als bei uns in Baden-Württemberg.

Und wie sieht es bei uns in Salem aus?

Mit der Inbetriebnahme des neuen sechstruppigen Kindergartens in Stefansfeld sind wir aktuell auf der sicheren Seite und können damit allen Eltern ein verlässliches Betreuungsangebot anbieten.

Beim zweijährigen Bau des neuen Kindergartens haben auch wir die Auswirkungen der Corona-Pandemie und des Krieges in der Ukraine zu spüren bekommen. Neben der mangelnden Verfügbarkeit von Baumaterialien mussten wir deutliche Preissteigerungen hinnehmen. Gegenüber der Kostenfortschreibung aus dem Frühjahr 2023 erhöhen sich die Ausgaben um weitere 13 %. Den Kindergartenneubau mit Außenanlage werden wir voraussichtlich mit 8,8 Millionen € abrechnen.

Positiv und erfreulich ist, dass wir alle zusätzlichen Stellen im neuen Kindergarten Stefansfeld rechtzeitig besetzen konnten. Da haben unser Fachbereich Kindergarten/Schulen und die Personalverwaltung einen richtig guten Job gemacht.

Zufrieden bin ich auch mit der Gestaltung und Umsetzung der neuen Außenanlagen. Neben dem getrennten Spielbereich für die U3 und Ü3-Kindergartenkinder haben wir zusätzlich noch einen öffentlichen Spielplatz im Neubaugebiet Kelttenring für die Stefansfelder Kinder gebaut.

Auch der Kindergarten in Weildorf hat einen neuen Spielplatz und eine neue Außenanlage für 112.000 € bekommen. In diesem Jahr steht noch die Sanierung des Spielplatzes am Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrum in Stefansfeld an. Mit Abschluss dieser Maßnahme sind wir dann mit unseren Spielplätzen im Ortsteil Stefansfeld sehr gut aufgestellt.

Nach der Inbetriebnahme des neuen sechsgruppigen Kindergartens in Stefansfeld stellt sich natürlich die Frage, was passiert mit dem alten Kindergarten und hat der eingruppige Kindergarten in Weildorf eine Zukunft?

Nach wie vor sind alle neun Kindergartenstandorte gut ausgelastet. Die Schließung einer Einrichtung ist aktuell weder angedacht noch vorgesehen. Dies gilt auch für den Standort Weildorf.

Den alten Kindergarten in Stefansfeld möchte ich auf jeden Fall im Gebäudebestand halten. Im Moment sehe ich zwar keinen Bedarf an weiteren Betreuungsplätzen, aber ich gehe davon aus, dass in Zukunft die Nachfrage nach weiteren Angeboten im U3-Bereich weiter zunehmen wird. Mit dem alten Kindergarten Stefansfeld hätten wir dann zumindest die Möglichkeit, zwei weitere Kleingruppen anbieten zu können.

Im Moment sind wir allerdings gut aufgestellt. Größere Investitionsmaßnahmen in den Gebäudebestand stehen nicht an. Im Fokus steht allerdings nicht nur die Schaffung von weiterer Infrastruktur und neuen Kindergartenplätzen. Vorrangig und im Mittelpunkt steht ein gutes Betreuungsangebot mit guten Öffnungszeiten und engagierten Erzieherinnen und Erziehern.

Und die haben wir. Bisher konnten wir auch alle vakanten und freiwerdenden Stellen zeitnah wieder besetzen. Das spricht für die Einrichtungsleitungen, aber auch für die Teams in unseren Kindergarteneinrichtungen, bei denen ich mich recht herzlich bedanken möchte. Sie machen einen richtig guten Job. Dafür vielen Dank.

Und nach dem Kindergarten gehts in die Grundschule. Und da stehen bereits die nächsten Aufgaben und Herausforderungen an. Ab dem Schuljahr 2026/27 greift der Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung an der Grundschule.

Was heißt das: für 8 Zeitstunden an 5 Tagen in der Woche, einschließlich der Ferien bei maximal 20 Schließtagen, ist eine Ganztagsbetreuung in Zukunft vorzuhalten. Darauf haben sich Bund und Länder im Herbst 2021 verständigt.

Der Rechtsanspruch macht aber einen systematischen Webfehler deutlich: der Bund beschließt eine neue Aufgabe, die Umsetzung und die Erfüllungsstandards werden von Bund und Ländern definiert, und wir Kommunen haben diese dann umsetzen.

Das Problem dabei: die kommunale Realität wird ausgeblendet. Das zeigt sich allein daran, dass Fördermittel aus dem zugesagten Investitionsprogramm bis jetzt noch gar nicht beantragt werden können.

Was heißt das für die Realität?

2 ½ Jahre bevor der Rechtsanspruch eingeklagt werden kann, sind noch gar keine Neuinvestitionen möglich. Wenn ich daran denke, dass Neu- und Umbaumaßnahmen teilweise europaweit ausgeschrieben werden müssen und die Bauarbeiten möglichst in den Sommerferien einzuplanen sind, stellt sich mir die Frage, wie wir diese Aufgabe in diesem Zeitfenster stemmen sollen?

Einmal mehr müssen wir auf kommunaler Ebene feststellen, dass Rechtsanspruch und Wirklichkeit einfach nicht zusammenpassen. In einem ersten Schritt wollen wir mit dem Anbau von zwei neuen Klassenzimmern und weiteren Nebenräumen an der Fritz-Baur - Grundschule die räumlichen Voraussetzungen für einen Ganztagschulbetrieb an fünf Tagen in der Woche schaffen.

Die ersten Entwurfsplanungen liegen vor und die Abstimmungsgespräche mit der Schulleitung und dem Regierungspräsidium laufen. Der Zuschussantrag kann voraussichtlich Ende März eingereicht werden. Die Vergabe der Fördermittel findet dann im Windhundverfahren statt.

Neu geregelt haben wir zudem die Schulbezirke für unsere drei Grundschulen. Im Schuljahr 2020/2021 haben wir den Ortsteil Stefansfeld dem Grundschulbezirk Beuren zugeordnet, nachdem wir dort nur noch neun Anmeldungen hatten. Mit dieser Entscheidung konnten wir den Standort Beuren stärken und für die Zukunft sichern.

Inzwischen haben die Schülerzahlen im Einzugsgebiet von Beuren deutlich zugenommen, mit der Folge, dass wir den Ortsteil Stefansfeld wieder der

Grundschule Mimmenhausen zuweisen konnten. Unsere aktuelle Planung sieht eine einzügige Grundschule in Beuren, eine zweizügige in Neufrach und eine dreizügige Grundschule in Mimmenhausen vor.

Nach längerer Vakanz der Rektorenstelle in Neufrach konnte mit Mareike Rath-Größlein die Schulleiterstelle an der Hermann-Auer-Grundschule wieder besetzt werden. Bis zu den Sommerferien hat sie an der Fritz-Baur-Grundschule in Mimmenhausen unterrichtet. Die offizielle Amtseinssetzung steht noch aus und wird voraussichtlich im Frühjahr nachgeholt. Auf jeden Fall sind jetzt alle Schulleiterstellen wieder besetzt.

Wir alle wissen, dass der Lehrerberuf emotional sehr anspruchsvoll sein kann. Die Anpassung des Unterrichts an die Bedürfnisse aller Schülerinnen und Schüler und die Aufrechterhaltung einer positiven und effektiven Klassenführung erfordert Geschick, Empathie und Sensibilität.

Ich bedanke mich deshalb ganz besonders bei allen Lehrerinnen und Lehrern, die das Leben ihrer Schüler positiv und mit Weitblick beeinflussen und damit einen wesentlichen Beitrag zur bestmöglichen Bildung für die nächste Generation beisteuern.

Neben den Schülerinnen und Schülern haben auch wir als Schulträger unsere Hausaufgaben zu machen. Neben der Digitalisierung stand vor allem die Sanierung der Glasfassade am Bildungszentrum Salem im Fokus unserer Baumaßnahmen. Insgesamt haben wir dafür 2,5 Millionen € ausgegeben.

Das Projekt ist inzwischen abgewickelt und abgerechnet. Parallel zur Glasfassadensanierung haben wir auf das Dach eine Fotovoltaikanlage mit einer Leistung von 110,4 kWp montiert. Der selbst erzeugte Strom soll direkt in unser eigenes Stromnetz eingespeist und verwendet werden.

Weitere Fotovoltaikanlagen sind bereits für das Dorfgemeinschaftshaus Oberstenweiler, den Kindergarten Fohrenbühl und für das zentrale Feuerwehrhaus beauftragt.

Mit dem Einsatz von weiteren Fotovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden wollen wir unseren Beitrag zur Produktion sauberer Energie ohne schädliche Emissionen erbringen. Damit soll der CO<sup>2</sup>-Ausstoß deutlich reduziert und ein nachhaltiger Beitrag zu mehr Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen geleistet werden.

Und liebe Bürgerinnen und Bürger,  
kein vernünftig denkender Mensch kann den voranschreitenden Klimawandel leugnen. Immer längere Hitze- und Trockenperioden, immer mehr verheerende Umweltkatastrophen sind unübersehbare Alarmsignale. Handeln ist daher dringend angezeigt, Handeln ist aber mehr als nur das Definieren gesetzlicher Ziele.

Die Ziele sind dabei klar gesetzt: Ausstieg aus der Atomkraft, Ausstieg aus Gas und Kohle, Ausbau der erneuerbaren Energien und zugleich eine gesicherte Energieversorgung zu wirtschaftlich günstigen Konditionen.

Es ist richtig: wir brauchen den Ausbau der erneuerbaren Energien mit Windkraft und Sonnenenergie. Aber auch Geothermie und Wasserstoff werden Teil der Lösung sein. Was wir für die Umsetzung brauchen, ist eine gesunde Portion Realitätssinn im Hinblick darauf, was in welcher Zeit realistisch möglich und machbar ist.

Neben dem Einstieg in das Zertifizierungssystem des „European Energy Awards“ haben wir bereits die kommunale Wärmeplanung und auch ein Energieleitbild für unsere Gemeinde auf den Weg gebracht.

Beim „European Energy Award“ geht es vorrangig um eine Zertifizierung und Bewertung unserer Leistungen für die Bereiche Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Mobilität, Raumplanung und kommunale Organisation.

Auch die kommunale Wärmeplanung und das vom Gemeinderat beschlossene Energieleitbild sind weitere Strategiepapiere, bei denen es um eine nachhaltige und umweltfreundliche Wärme- und Energieversorgung in der Gemeinde geht.

Strategiepapiere und Gutachten haben wir genug. Mir geht es jetzt vorrangig um die Umsetzung von konkreten Maßnahmen. Und dazu gehört für mich eine gesunde Portion Realitätssinn, was in welcher Zeit überhaupt möglich und finanziell darstellbar ist.

Auf jeden Fall müssen wir darauf achten, dass wir uns nicht verzetteln. Im Fokus bei uns in der Verwaltung steht die Energie- und Mobilitätswende mit der Realisierung und Umsetzung von weiteren Fotovoltaikanlagen auf kommunalen Dächern.

Weiter voranbringen wollen wir zudem den Wandel in der Mobilitätsinfrastruktur. Dazu zähle ich den Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge, die Verbesserung des ÖPNV sowie den Ausbau und die Sanierung von weiteren Fahrrad- und Fußgängerwegen in der Gemeinde.

Gut aufgestellt und gut angenommen wird unser sozialer Fahrdienst „Linzgau-Shuttle“, der neben den Gemeinden Frickingen und Salem seit dem letzten Jahr auch die Nachbargemeinden Meersburg, Uhdingen-Mühlhofen, Hagnau, Daisendorf und Stetten anfährt.

Parallel im Angebot haben wir noch den Rufbus „Emma“, der zwar erfolgreich, aber auch sehr teuer seit 2020 bei uns in der Gemeinde am Start ist. Jeder Einsatztag kostet uns gut 500 €, wobei der Bodenseekreis 55 % der Betriebskosten bezuschusst.

Im Gemeinderat hatten wir im letzten Jahr über eine Vertragsverlängerung des Rufbusses um drei weitere Jahre zu entscheiden. Im Ergebnis haben wir uns mit großer Mehrheit für die Fortführung und Beibehaltung des „Emma“ Rufbusses ausgesprochen.

Grünes Licht aus dem Landratsamt gibt es zudem für den Bau eines neuen Geh- und Radweges von Neufrach nach Buggensegel, der in diesem Jahr umgesetzt werden soll. Nach Abzug der Landesförderung werden die noch offenen Kosten zwischen Landkreis und Gemeinde je hälftig getragen.

Diese Regelung gilt auch für den Ausbau des Radweges vom Affenberg nach Tüfingen, der allerdings erst im Jahr 2025 zur Umsetzung kommt. In eigener Regie werden wir die Verbreiterung des Radweges von Stefansfeld nach Weildorf anpacken, um auf diesem Streckenabschnitt mehr Sicherheit und mehr Komfort zu bieten. In Planung befinden sich zudem zwei weitere Geh- und Radwege von Grasbeuren nach Ahausen und von Grasbeuren Richtung Buggensegel.

Eine der größten Herausforderungen unserer Zeit ist die Schaffung von weiterem dringend benötigten Wohnraum für unsere Region. Bereits 2017 stellte eine Prognos-Studie einen Wohnungsbedarf von 485.000 Wohnungen für Baden-Württemberg fest.

Seit Jahren weisen wir auf diesen akuten Mangel an Wohnraum, insbesondere für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen, hin. Eine Entspannung am Wohnungsmarkt ist nicht ersichtlich. Im Gegenteil, der Bodenseekreis wächst nach wie vor und die Bevölkerung nimmt weiter zu.

Wir sind froh und dankbar, dass wir mit der Kreisbaugenossenschaft Bodenseekreis einen Investor finden konnten, der im Neubaugebiet Stefansfeld 30 mietpreisgebundene Wohnungen baut.

Der Spatenstich ist erfolgt. Die Mieten sollen über 30 Jahre hinweg mindestens 30 % unter dem Mietspiegel der Gemeinde liegen. Dafür haben wir Zugeständnisse bei der Ausweisung der erforderlichen zwei Stellplätze je Wohneinheit gemacht und das Grundstück um 200.000 € billiger abgegeben.

Parallel dazu wollen wir mit der Einführung der Zweitwohnungssteuer zum 1.1.2024 die Verfügbarkeit von Wohnraum deutlich erhöhen und Leerstand entgegenwirken. Die Einführung einer Zweitwohnungssteuer halte ich auch unter finanziellen Gesichtspunkten für gerechtfertigt, da Personen, die über mehrere Wohnsitze verfügen, durchaus auf diese Art und Weise einen Beitrag zur kommunalen Infrastruktur und für die Gemeinschaft leisten sollten.

Aber liebe Bürgerinnen und Bürger,

beim Neujahrsempfang möchte ich nicht nur über unsere kommunalpolitische Arbeit sprechen, sondern auch die Gemeinschaft und das Miteinander in der Gemeinde und in den Ortsteilen in den Vordergrund stellen.

Und in unserem Veranstaltungskalender im zurückliegenden Jahr war wieder einiges geboten: In vielen Bereichen ging unsere Zusammenarbeit weit über die reine berufliche Ebene hinaus, so wie bei einer großen Familie, die an einem Strang zieht, um gemeinsam und miteinander das Beste für die Gemeinschaft und für unsere Bürgerinnen und Bürger zu erzielen.

Wie in den Vorjahren haben wir Ihnen dafür wieder einen interessanten und abwechslungsreichen Bilderrückblick vorbereitet, zu dem ich Ihnen nun gute Unterhaltung wünsche.

### **Bilderrückblick**

Liebe Bürgerinnen und Bürger,  
es gibt Jahrzehnte, in denen passiert wenig, und es gibt Tage, an denen sich die Welt verändert. Der brutale Angriffskrieg der russischen Föderation auf die Ukraine und der barbarische Überfall der Terrororganisation Hamas auf den Staat Israel hat die Welt verändert.

Jahrelang etablierte Gewissheiten und das friedliche Zusammenleben in Europa werden auf den Prüfstand gestellt. Mittendrin die Städte und Gemeinden. Als verlässliche Krisenmanager tragen wir seit Jahren maßgeblich dazu bei, dass auch in herausfordernden Zeiten unser Staat funktioniert. Das ist zumindest unser kommunales Selbstverständnis.

Doch dieses wird immer mehr erschüttert: Denn das staatliche Gleichgewicht zwischen dem, was Politik zusagt und verspricht, und dem, was tatsächlich geleistet werden kann, kommt immer mehr ins Wanken. Und da es letztlich die Kommunen sind, die für einen Großteil der politischen Versprechen einstehen müssen, wird dieses zunehmende Ungleichgewicht auch auf der örtlichen Ebene spürbar.

Ein Grund dafür ist ohne jeden Zweifel die Dauerkrise, die nunmehr seit Jahren die öffentliche Aufgabenerfüllung belastet. Diese ist aber nicht der einzige Grund. Ein weiterer ist die staatliche Überregulierung. Das stetige Ausweiten von Rechtsansprüchen, das Erhöhen von ohnehin schon hohen Standards und das Ziel eines immer noch einzelfallgerechteren Fürsorgestaates hat seine Grenzen erreicht.

Unsere kommunalen Aufgaben über Klimaschutz, Energie- und Wärmewende, Klimaresilienz, Wohnungsbau, Digitalisierung sowie die uneingeschränkte Zuweisung von weiteren Flüchtlingen, haben in einem solchen Maße zugenommen, dass angesichts knapper Kassen und nicht verfügbarer Fachkräfte die Erfüllung dieser Aufgaben nicht mehr gewährleistet werden kann.

Tatsächlich übersteigt die Summe der staatlichen Leistungsversprechen die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft und das kommt bei unseren Bürgerinnen und Bürgern an. Was wir brauchen ist mehr Pragmatismus, eine Konzentration auf das Wesentliche und Leistbare. Und ich denke, das haben wir als Verwaltung nach wie vor im Blick.

Das gilt vor allem für den Ausbau der Breitbandinfrastruktur, mit der wir im kommenden Jahr an den Start gehen. Ganz bewusst haben wir in der Verwaltung auf das graue Flächenprogramm des Bundes und auf das Wirtschaftlichkeitslückenmodell gesetzt.

Neben dem Anschluss der öffentlich geförderten Haushalte versprechen wir uns mit diesem Modell einen flächendeckenden Glasfaserausbau für jeden Haushalt in der Gemeinde. Nach einem umfangreichen Ausschreibungsverfahren ging der Auftrag für den Ausbau der Glasfaserinfrastruktur an die Netkom BW.

Die Bauzeit wird rund eineinhalb bis zwei Jahre dauern. Beginnen wollen wir mit den am schlechtesten versorgten Gebieten. Wir rechnen mit Baukosten in Höhe von rund 14 Millionen €. Die Förderbescheide von Bund und Land liegen vor. Ich rechne aktuell mit einem Eigenanteil der Gemeinde von 10 %.

Im Rahmen der Glasfaserverlegung wollen wir neben den förderfähigen Adressen nach Möglichkeit alle Haushalte an das Glasfasernetz anschließen. Das haben wir mit der Netkom BW besprochen und vereinbart. Mein Appell an alle nicht förderfähigen Grundstückseigentümer: Bitte nehmen Sie zeitnah Kontakt mit der Netkom BW auf und lassen Sie sich auf jeden Fall einen Glasfaseranschluss ins Grundstück legen. So preiswert und günstig werden Sie das ganz sicher nicht mehr bekommen.

Neben der Verbesserung der Breitbandanschlüsse legen wir wie jedes Jahr ein Hauptaugenmerk auf den Ausbau und Erhalt unserer Straßeninfrastruktur. Noch im letzten Jahr haben wir mit der Sanierung der Gemeindeverbindungsstraße von Baufrang nach Rickenbach begonnen und die Erschließungsstraße im Gewerbegebiet Neufrach-Ost IV um einen Teilabschnitt verlängert.

In diesem Jahr steht eine Teilsanierung der Schlosseeallee und der Ausbau der Nüffernstraße im Ortsteil Neufrach an. Aktuell befinden wir uns noch in einem Abstimmungsprozess mit den Grundstückseigentümern der Nüffernstraße, da, zumindest in Teilen, ein Grunderwerb für den geplanten Ausbau benötigt wird.

Im Rahmen der Umsetzung der europäischen Umgebungslärmrichtlinie mussten wir uns im zurückliegenden Jahr zudem mit der Fortschreibung des Lärmaktionsplans beschäftigen.

Bei dieser Planung handelt es sich um einen wichtigen Bestandteil des Umwelt- und Gesundheitsmanagements, die darauf abzielt, die Lebensqualität der Menschen in stark vom Lärm betroffenen Gebieten zu verbessern.

Im Ergebnis haben wir im Gemeinderat eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h für folgende Straßen beschlossen:

Ortsdurchfahrt von Mimmenhausen in der Zeit von 22:00 bis 6:00 Uhr  
Ortseinfahrt Schloßstraße Stefansfeld bis zum Kreisverkehr, ganztägig  
Kreisverkehr Stefansfeld bis zur Deggenhauser Straße, ganztägig  
Geschwindigkeitsreduzierung auf 70 km/h in der Stefansfelder Straße, Höhe Tobrak

Die Genehmigungen der Straßenverkehrsbehörde liegen zwischenzeitlich vor und bedürfen noch der konkreten Umsetzung durch die Straßenmeisterei des Landkreises. Dies ist jedoch reine Formsache.

Ein wesentlicher Baustein der kommunalen Infrastruktur ist neben einem gut funktionierenden Straßennetz auch eine gut aufgestellte Sportinfrastruktur für den Breiten-, Freizeit- und Leistungssport.

Auf Beschlussantrag des Gemeinderates haben wir dazu ein sehr umfangreiches Sportstättenkonzept in Auftrag gegeben, um neben einer Bestandserhebung die Auslastung, die Qualität und den Handlungsbedarf zu ermitteln. Im Fokus dieser Bedarfsabfrage standen vor allem der TSV Mimmenhausen mit seinen Abteilungen Handball und Volleyball, sowie der FC Rot-Weiß Salem.

Mit Einfachhallen und Dorfgemeinschaftshäusern sind wir für den Bereich Breiten- und Freizeitsport sehr gut aufgestellt. D. h., für den Bedarf Turnen und Gymnastik gibt es ausreichend Kapazitäten. Auch die Anzahl und Qualität unserer fünf Sportplätze ist zumindest für den Sommerbetrieb mehr als ausreichend.

Handlungsbedarf wird vor allem für den Trainingsbetrieb im Winterhalbjahr gesehen. Dazu soll einer der Naturrasenplätze zu einem Kunstrasenplatz umgebaut werden. Auch die Sanitärräume im Clubheim des FC Rot-Weiß Salem bedürfen einer Sanierung.

In die Jahre gekommen ist zweifelsohne unsere Vierraumsporthalle beim Bildungszentrum Salem, die inzwischen 46 Jahre alt ist. Dort findet in erster Linie der Trainings- und Wettkampfbetrieb für die ballsporttreibenden Abteilungen des TSV Mimmenhausen statt. Die Belegungszeiten sind ausgereizt. Eine Ausweitung der Hallenkapazitäten wäre wünschenswert.

Oberste Priorität hat die Kernsanierung der in die Jahre gekommenen Sporthalle. Den Investitionsbedarf haben wir mit 14 Millionen € berechnet und dafür einen

Bundeszuschuss aus dem Klima- und Transformationsfond in Höhe von 6 Millionen € beantragt.

Das erst kürzlich erfolgte Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat uns jetzt einen Strich durch die Rechnung gemacht. Der Bundesregierung wurde untersagt, Rücklagen und Fördermittel zur Bekämpfung der Corona-Pandemie für Zwecke des Klimaschutzes und der Transformation der Wirtschaft einzusetzen.

Was heißt das: Die von uns beantragten 6 Millionen € für die Sanierung der BZ Sporthalle Salem werden nicht kommen. Damit müssen wir uns abfinden. Im Ergebnis greift jetzt Plan B.

Wir konzentrieren uns auf die Sanierung des Sporthallenbodens und die Erneuerung der Brandschutztechnik. Die dafür notwendigen Gemeinderatsbeschlüsse liegen vor und die Haushaltsmittel sind eingestellt.

Aus dem Sportstättenkonzept konnten wir zudem entnehmen, dass 13-14 % der Bevölkerung sich aktiv in Vereinen engagieren. Dreh- und Angelpunkt für das Vereinsleben in unseren elf Teilorten sind die Dorfgemeinschaftshäuser.

Sie dienen als zentrale Treffpunkte, an dem unsere Bürgerinnen und Bürger zusammenkommen, sich austauschen und soziale Kontakte pflegen. Es sind Orte für kulturelle Veranstaltungen, wie Theateraufführungen und Konzerte, lokale Feierlichkeiten sowie sportliche Aktivitäten.

Unsere Dorfgemeinschaftshäuser bieten zudem Raum für Gemeindeversammlungen, Informationsveranstaltungen und Platz für die Seniorenarbeit im Ort.

Nachdem alle Ortsteile, mit Ausnahme vom Teilort Stefansfeld, über ein eigenes Dorfgemeinschaftshaus verfügen, haben wir im zurückliegenden Jahr die Weichen für einen neuen Versammlungsraum im direkten Anschluss an die Sporthalle der Förderschule Stefansfeld auf den Weg gebracht. Die Baugenehmigung liegt zwischenzeitlich vor und der Umsetzung steht nichts mehr im Wege.

Diskussionsbedarf im Gemeinderat gab es in der Frage, inwieweit die energetische Sanierung der direkt angrenzenden Sporthalle in das Bauvorhaben einbezogen werden sollte. Nachdem die bestehende Heizung des Schulgebäudes und der Sporthalle erst 16 Jahre alt ist, hat sich der Gemeinderat mehrheitlich gegen den Austausch und die Erneuerung der gesamten Heizzentrale ausgesprochen.

Der Anbau des neuen Versammlungsraumes erfolgt im KfW 40–Standard. Die Kostenberechnung liegt bei 2,8 Millionen €. Den Baubeginn haben wir für diesen Sommer vorgesehen. Ich rechne mit einer Bauzeit von anderthalb Jahren.

Einen Schritt weiter sind wir in der Diskussion um die Ausschreibung und die Vergabekriterien für die noch freien Bauplätze in der Gemeinde–Mitte. Das Grundstück hat eine Größe von 4.800 m<sup>2</sup> und wurde zuletzt als Lagerfläche und als Baustelleneinrichtung für den umliegenden Geschosswohnungsbau benötigt.

Auf dem Grundstück wollen wir eine städtebaulich und architektonisch qualitätsvolle Bebauung in nachhaltiger und ökologischer Bauweise mit hohem Energiestandard unter Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte auf den Weg bringen.

Insgesamt wurde die Fläche in vier Lose unterteilt. Auf einem Grundstück soll ein Ärztehaus entstehen. Die öffentliche Ausschreibung ist erfolgt. Abgabetermin für potentielle Interessenten war der 10.1.2024. Jetzt bin ich gespannt, was da an konkreten Angeboten eingegangen ist.

Auf der Zielgeraden sind wir mit dem Bebauungsplanverfahren „Eiskeller“ für den Ortsteil Weildorf. Konkret wollen wir auf einer Fläche von 1,9 ha die Bebauung und Erschließung im Umfeld des denkmalgeschützten „Eiskellers“ neu regeln und ordnen.

Die Planung steht und ist insoweit auch mit den Anliegern besprochen. Neben einer geordneten dörflichen Entwicklung wollen wir mit dem Bebauungsplan eine weitere Erschließungsmöglichkeit für den denkmalgeschützten „Eiskeller“ schaffen.

Davon versprechen wir uns eine bessere Vermarktung des bisher ungenutzten und leerstehenden Gebäudes. Nicht gerade hilfreich in diesem Ansinnen ist die Position des Landesdenkmalamtes, das bisher nur eine hälftige Nutzung des Gebäudes zu Wohnzwecken befürwortet.

Auf dieser Basis kommen wir nicht weiter. Das haben wir klar kommuniziert. Im Ergebnis hat das Landesdenkmalamt Gesprächsbereitschaft signalisiert. Es wäre für uns natürlich eine super Sache, wenn wir in diesem Jahr dem denkmalgeschützten Ensemble aus „altem Gasthof Adler“, „Kegelbahn“ und „Eiskeller“ einen neuen Glanz verleihen könnten.

Auf der Zielgeraden sind wir mit dem Bebauungsplanverfahren Neufrach-Ort. Der Satzungsbeschluss für die künftige Bebauung des Ortseingangs Neufrach ist für das zweite Quartal 2024 geplant.

Auf einer Fläche von 1,7 ha sollen 18 Einzel- und vier Mehrfamilienhäuser entstehen. Die massiven Einwendungen gegen das Neubaugebiet und die bittere Niederlage vor dem Verwaltungsgerichtshof Mannheim beschäftigen uns, den Eigentümer und die beauftragten Planer und Gutachter seit Jahren.

Nachdem wir das gesamte Rechtsverfahren nochmals neu aufgerollt und auf das Gleis gesetzt haben, versuchen wir jetzt mit einem überarbeiteten Bebauungsplan das Baugebiet doch noch mit Erfolg zu einem versöhnlichen Abschluss zu bringen.

Über einen Zeitraum von neun Jahren hat uns zudem die Gesamtfortschreibung des Regionalplans Bodensee - Oberschwaben beschäftigt. Die Diskussionen um die künftigen Entwicklungsmöglichkeiten der Städte und Gemeinden im Bodenseekreis wurden mit zunehmender Schärfe geführt.

Kritik und Protest gab es auch bei uns in Salem. Die Genehmigung des neuen Regionalplans durch das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen liegt seit September 2023 vor. Mit der nicht unumstrittenen Herausnahme eines Grünzugs haben wir uns die Möglichkeit der Erweiterung des zentralen Gewerbegebiets Neufrach gewahrt.

Die Nachfrage nach Gewerbeflächen ist nach wie vor ungebrochen. Neben der ortsansässigen Firma Magnettechnik Schienle hat die Fischhandlung Walter Geiger dringenden Erweiterungsbedarf angemeldet.

Da die vorhandenen Gewerbeflächen nahezu alle vergeben sind, muss eine Lösung gefunden werden. Im Gemeinderat haben wir den Aufstellungsbeschluss für die Erweiterung des zentralen Gewerbegebiets und die dafür notwendige Fortschreibung des Flächennutzungsplanes um 4,3 ha beschlossen.

Bei den teils sehr hitzigen und emotional geführten Diskussionen um die Erweiterung des zentralen Gewerbegebietes und den damit verbundenen Flächenverbrauch, stelle ich mir schon die Frage, wo wir in Zukunft die dringend benötigten Windkraft- und Photovoltaikanlagen, die Hunderttausenden von Wohnungen, die neuen Stromleitungen und die innovativen Firmengebäude für die Transformation der Wirtschaft bauen sollen?

Tatsächlich gewinnt man immer mehr den Eindruck, dass die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft in unserem Land nicht mehr stimmen. Als einziges Industrieland stecken wir in einer Rezession. Unser Land erlebt gerade einen wirtschaftspolitischen Stillstand in der Zeitenwende. Was wir brauchen ist eine Standortpolitik, die einen wachstums- und investitionsfreundlichen Rahmen schafft und nicht verhindert.

Dies gilt auch für einen dringend notwendigen Neustart in der Migrationspolitik. So wie bisher kann und darf es nicht weitergehen. Die Kapazitätsgrenzen zur Aufnahme und Unterbringung von weiteren Flüchtlingen und Asylbewerbern sind ausgeschöpft.

Die Städte und Kommunen stehen zu ihrer humanitären Verantwortung, warnen aber vor einer Überforderung des Gemeinwesens. Die Belastungsgrenze ist erreicht, vielerorts bereits überschritten. Und die Menschen spüren das. Die Akzeptanz für die Aufnahme von weiteren Flüchtlingen und Asylbewerbern schwindet.

Auch wir als Gemeinde stoßen an unsere Kapazitätsgrenzen und spüren die prekäre und angespannte Situation bei der Aufnahme von weiteren Flüchtlingen. Nachdem wir bereits im letzten Jahr das alte Rathaus für die Unterbringung von Asylbewerbern zur Verfügung gestellt haben, befürwortete der Gemeinderat eine Notunterkunft in Mimmenhausen für die Aufnahme weiterer Geflüchteter.

Aktuell laufen zudem im Hintergrund Verhandlungen mit dem Eigentümer des ehemaligen Pflegeheimes „Haus Rosengarten“ und dem Landratsamt Bodenseekreis zur Aufnahme von weiteren Flüchtlingen in der Gemeinde. Sollte diese Einrichtung dazukommen, werden künftig über 500 Flüchtlinge und Asylbewerber in der Gemeinde wohnen und leben.

Gegen die Notunterkunft in Salem hat die AfD Bodenseekreis zu einem Demonstrationzug aufgerufen. Rund 35 AfD-Anhänger sind nach Salem gekommen und haben daran teilgenommen. Vor Ort hat sich eine Gegendemonstration gebildet, die sich gegen Hetze und Fremdenfeindlichkeit ausgesprochen hat.

Ich bin davon überzeugt, dass die große Mehrheit der Deutschen nicht ausländerfeindlich ist. Unser ehemaliger Bundespräsident Joachim Gauck hat sich zur Flüchtlingskrise einmal wie folgt geäußert: "Das Herz ist weit, die Aufnahmefähigkeit begrenzt". Ich denke diese Botschaft spiegelt die aktuelle Migrationspolitik am deutlichsten wider.

Sorge bereitet mir die ungebrochene Zunahme an neuen Aufgaben von der EU, vom Bund und vom Land. Hinzu kommt eine stetige Ausweitung der sozialstaatlichen Leistungen die vorrangig vom Landkreis zu tragen sind. Ich denke dabei z.B. an Bürgergeld, Bundesteilhabegesetz, Jugendhilfe und Kindergrundsicherung, nur um ein paar Beispiele zu nennen. Im Ergebnis haben wir diese Zusatzbelastungen über die Kreisumlage zu finanzieren, die auf über 6 Millionen € angewachsen ist.

Bereits heute können mehr als die Hälfte aller Städte und Kommunen in Baden-Württemberg keinen ausgeglichenen Haushalt mehr vorlegen. Hinzu kommt, die Phase der wachsenden Steuereinnahmen ist vorbei und die allgemeinen Preissteigerungen und die massiv gestiegenen Zinsen treiben uns um.

Entgegen manch anderen Verlautbarungen sehe ich uns jedoch nach wie vor auf einem soliden und tragfähigen Kurs, auch wenn die Luft nach oben deutlich dünner geworden ist. Unser Gesamthaushalt umfasst ein Volumen von 50 Millionen €. An Neuinvestitionen haben wir 13 Millionen € geplant. Die Gemeinde ist immer noch schuldenfrei. Und ob wir die eingeplante Kreditaufnahme in Höhe von 3,5 Millionen in Anspruch nehmen müssen, wird sich im Laufe des Jahres zeigen.

Handlungsbedarf sehe ich auf der Einnahmeseite. Unsere Steuerhebesätze zählen seit Jahren mit Abstand zu den niedrigsten im Bodenseekreis. Die Kommunalaufsichtsbehörde des Landratsamtes hat mich und den Gemeinderat wiederholt darauf hingewiesen und zu einer Anpassung gemahnt. Dem sind wir zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht nachgekommen.

Weit entfernt sind wir zudem von den kommunalpolitischen Empfehlungen zur Höhe der Kindergartengebühren. Für das Jahr 2024 haben wir eine geringfügige Anpassung vorgenommen. Die Verbandsempfehlung, wonach 20 % der Betriebskosten von den Eltern zu tragen sind, können wir in der Realität jedoch unmöglich einfordern. Aktuell tragen die Gebühreneinnahmen 9,2 % der Betriebskosten aller Kindergärten.

Eine deutliche Steigerung müssen wir zudem bei den Personalaufwendungen verzeichnen. Diese steigen um rund 1 Million € an. Neben einem Mehrbedarf an Betreuungskräften im neuen Kindergarten Stefansfeld mussten wir auch in der Verwaltung die eine oder andere neue Stelle schaffen. Hinzu kommen Tarifsteigerungen in Höhe von 5,5 % und die Inflationsprämie für alle Beschäftigten der Gemeinde.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,  
seit Jahren befinden wir uns im Krisenmodus, der mit Umstrukturierungen, Veränderungen und Kosteneinsparungen verbunden ist. Nur mit einschneidenden Maßnahmen und geänderten Rahmenbedingungen sind wir in der Lage, die Krise zu meistern.

Dies geht auch an unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht spurlos vorüber. Die Wechselbereitschaft der Arbeitsstelle hat deutlich zugenommen. Bisher konnten wir die freiwerdenden Stellen immer noch mit guten und hochqualifizierten Mitarbeitern nachbesetzen.

In einem Jahr, das geprägt war von Veränderungen und Unsicherheiten war es für uns von zentraler Bedeutung, dass jeder an seinem Platz an seiner Stelle sein Bestes für die Gemeinde gegeben hat.

Im Mittelpunkt unseres Handelns stehen dabei immer unsere Bürgerinnen und Bürger, sowie die stetige Verbesserung der Lebensverhältnisse und der Infrastruktur der Gemeinde. Und ich denke, auch im zurückliegenden Jahr haben wir wieder einiges bewegt.

Ob in der Verwaltung, in den Kindergärten, auf der Kläranlage, im Bauhof oder in anderen Bereichen, jede Stelle und jede Position ist von großer Bedeutung und trägt dazu bei, dass unser Zusammenleben reibungslos funktioniert.

Für viele Mitarbeiter ist es zudem selbstverständlich, sich nicht nur während der Arbeitszeit, sondern auch darüber hinaus in der Gemeinde zu engagieren. Ich sage herzlichen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihre Integrität, ihre Beständigkeit und ihrem Engagement und ihren Einsatz für unsere Gemeinde.

Herzlich bedanken möchte ich mich auch bei allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die sich tagtäglich für das Wohl unserer Gemeinde einsetzen. Egal ob es darum geht, bei gemeinnützigen Organisationen, den Kirchen, in der Feuerwehr, im Sportverein oder in sozialen Projekten aktiv zu werden - ihre Arbeit ist von unschätzbarem Wert.

Die ehrenamtlichen Einsätze reichen von kleinen Gesten der Freundlichkeit bis hin zu großen Taten, die das Leben vieler anderer Menschen bereichert und positiv beeinflusst. Die Helferinnen und Helfer sind nicht nur Retter in der Not, sondern auch Baumeister unseres Gemeinwesens.

Sie schaffen Verbindungen, stärken den sozialen Zusammenhalt und prägen das Gesicht unserer Gemeinde. Ich sage herzlichen Dank für ihre Zeit, für ihre Energie und ihren Einsatz, um unsere Gemeinde zu einem besseren Lebensort zu machen.

Ein ganz besonderer Dank und Anerkennung gebührt unserem Gemeinderat und den Bürgermeisterstellvertretern. Gemeinsam haben wir im zurückliegenden Jahr Höhen und Tiefen erlebt und eine Vielzahl von Entscheidungen im Interesse und zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger getroffen, die oft nicht einfach waren.

Ihr persönlicher Einsatz hat maßgeblich zu unserem Erfolg beigetragen, und ich bin zuversichtlich, dass wir daran auch im neuen Jahr anknüpfen können. Vielen Dank für Ihre Zeit, für Ihre Energie und Ihren persönlichen Einsatz.

Heute beim Neujahrsempfang blicken wir mit Zuversicht und Hoffnung in die Zukunft. Das neue Jahr bietet uns die Gelegenheit, die vergangenen Erfahrungen zu reflektieren, aus ihnen zu lernen und gestärkt nach vorne zu blicken.

Die zurückliegenden Feiertage und der Jahreswechsel sollen uns aber auch daran erinnern, die kleinen Freuden des Alltags und des Lebens zu schätzen und die Liebe und Fürsorge für unsere Mitmenschen in den Vordergrund zu rücken.

In diesem Sinne sage ich vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und schliesse meine Neujahrsansprache mit einem Zitat von Albert Schweitzer

„In der Mitte von Schwierigkeiten liegen die Möglichkeiten“